

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Die Konferenz der Länderminister

Der Staat rüstet!

Groener fordert „zentrale polizeiliche Abwehrmaßnahmen“ gegen kommunistische Zersetzungsarbeit
Vor dem Erlaß des Reichskriminalpolizei-Gesetzes mittels Notverordnung? / Severing beantragt
Uniformverbot für Wehrverbände

Berlin, 17. November 1931.

Als bedeutsamstes Ergebnis der heutigen Konferenz der Länderminister beim Reichsinnenminister Groener kann damit gerechnet werden, daß wahrscheinlich schon in kürzester Frist eine Notverordnung des Reichspräsidenten erlassen wird, mit der Teile der Bestimmungen eines seit längerer Zeit im Reichsministerium des Innern bearbeiteten Referenten-Entwurfs über ein Reichs-Kriminalpolizei-Gesetz dekretiert werden sollen; in der Praxis dürfte sich diese Notverordnung dahin auswirken, daß die Polizeien der Länder dem Reichsminister des Innern unterstellt und von dieser Zentralstelle Weisungen und Befehle entgegenzunehmen, gegebenenfalls auch ihre Ersuchen um Festnahmen, Hausdurchsuchungen und dergleichen durchzuführen haben werden.

Berlin, 17. November 1931.

In der heutigen Konferenz der Innenminister der Länder, die im Dienstgebäude des Reichsinnenministeriums unter Vorsitz des Ministers Gröner gleich zu Beginn eine längere programmatische Rede. Er erklärte, dem Reich werde es am liebsten sein, wenn es den Landesregierungen polizeiliche Maßnahmen selbständig überlassen könne. Die letzten Notverordnungen hätten den Ländern ja die Mittel hierfür an die Hand gegeben. Wichtigster Grundsatz sei, daß dem Reichskanzler für die Führung seiner Außenpolitik der Rücken gedeckt werden müsse.

Groener stellte dann die Frage zur Debatte, ob ein Verbot von Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel, wie einzelne Länder es bereits erlassen hätten, von Reichs wegen noch nötig sei. Die Konferenz der Länderminister werde heute zu entscheiden haben, ob darüber hinaus noch Ergänzungsmaßnahmen erforderlich seien, um für den Winter die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern.

Schließlich streifte der Reichsinnenminister im Rahmen der Bekämpfungsmaßnahmen gegenüber der kommunistischen Zersetzungsarbeit in Reichswehr und Schupo die Frage „zentraler polizeilicher Abwehrmaßnahmen“, wie er sich ausdrückte.

Dies ist der bedeutsamste Punkt seiner Rede. Bekanntlich verfügt das Reich außer der Reichswehr über keinerlei Exekutive. Die Versuche, eine Reichspolizei und zuvörderst eine Reichskriminalpolizei zu schaffen, sind ältesten Datums. Besonders unter dem Reichsinnenminister Dr. Jarres, dem jetzigen Oberbürgermeister von Duisburg, sind im Reichsministerium des Innern Entwürfe zur Schaffung eines Reichskriminalpolizeigesetzes voll Eifer bearbeitet worden. Der Verfasser eines der wichtigsten Entwürfe dieser Art war der Polizeioberrichter a. D. Kuenzer, der als Ministerialdirektor lange Zeit nicht nur Leiter der politischen Abteilung des Ministeriums des Innern war, sondern daneben noch das Reichskommissariat zur Überwachung der öffentlichen Ordnung leitete. Nach Kuenzers Ausschneiden fielen die Vorarbeiten für ein solches Gesetz, das übrigens ziemlich fertiggestellt ist, dem Referat des Ministerialrats Hoche zu. Unter dem Innenminister Severing sind diese Arbeiten allerdings um keinen Schritt weiter gefördert worden, da dieser schwache — immer nur gegen verzweifelte Proletarier starke — Minister nicht verstand, das Gesetz nach seinem Willen umzuformen, geschweige denn dabei irgendeine im proletarischen Interesse gelegene Entwicklung anzubahnen.

Jetzt scheint, wie wir an der Spitze bereits mitgeteilt haben, mit dem Erlaß wenigstens von Teilen der Bestimmungen des Referentenentwurfs für ein Reichskriminalpolizeigesetz

auf dem Wege der Notverordnung zu rechnen zu sein.

Die Ausführungen des Ministers Groener blieben nicht ohne Eindruck auf die beteiligten Länderminister, der sich noch steigerte, als Groener darauf hinwies, daß er im Anschluß an den Wunsch der SA-Leute, vom Reichspräsidenten empfangen zu werden, um ihm über den angeblichen Blut-Terror gegen ihre

Es wird scharf geschossen

Gemeinsame Bürgerkriegsübung von Heer und Heimwehr

CNB Wien, 16. November.

Die „Arbeiterzeitung“ behauptet, daß in Innsbruck etwa 2000 Mitglieder der Tiroler Heimwehr eine große Übung abgehalten hätten, bei der mit Gewehren und Maschinengewehren scharf geschossen worden sei. Die Übung fand, wie das Blatt meldet, auf dem Militärschießplatz bei Hall statt, wobei auch Feldgeschütze verwendet

worden seien. Ausrüstung und Munition rührten aus den Depots der Landesregierung bzw. der Wehrmacht her. Ein Vertreter des Landesgendarmariekommandos habe offiziell an der Übung teilgenommen, bei der

Radfahrer des Bundesheeres als Zielanzeiger kommandiert

gewesen seien. Nach einer anderen Meldung der Arbeiterzeitung sollen Mitglieder des Tiroler Heimatschutzes, Richtung Steidle, ein umfangreiches Waffenlager des Starhemberg-Heimwehr in Kufstein in der Nacht zum Sonnabend ausgeräumt und weggeschafft haben.

„Ueber Nacht“

Renner zur Koalitionsfrage

Graz, 16. November.

An der Debatte über das Referat Dr. Otto Bauers auf dem sozialdemokratischen Parteitag beteiligte sich auch der Präsident des Nationalrats Dr. Renner in längeren Ausführungen. Zur Frage der Teilnahme an der Regierung erklärte er in Übereinstimmung mit Dr. Bauer, daß jetzt keineswegs der Augenblick für einen solchen Schritt gegeben sei. Andererseits seien aber alle der Meinung, daß die Sozialdemokratie über Nacht dazu gezwungen sein könnte.

Was wir, fuhr Dr. Renner fort, im Augenblick durch den Eintritt in eine Koalition erreichen könnten, das wäre der Selbstschutz der Arbeiterklasse und der Schutz der Demokratie gegen den Faschismus. Nur wenn die bürgerlichen Parteien mitarbeiten wollen an unserem Wirtschaftsprogramm und an dem politischen Programm, das wir ihnen vorlegen, gehen wir in die Regierung.

Bewegung Klage zu führen, von Hitler eine umfangreiche Denkschrift über Terrorakte an Nationalsozialisten erhalten habe. Dann ergriff der preußische Innenminister Severing das Wort, um einem allgemeinen Uniformverbot für Mitglieder von Wehrverbänden das Wort zu reden. Bekanntlich argumentiert die preußische Staatsregierung dahin, daß das Tragen von Uniformen die Möglichkeit von Straßenkrawallen und Straßenüberfällen um ein Erhebliches steigere. Ein Verbot von Parteien, das — soviel wir wissen — nur von gewissen exaltierten Gruppen des Reichswehrministeriums verfochten wurde, lehnte die Preußenregierung ab, weil solche Maßnahme höchst ungesagt sei, die gewollten Wirkungen hervorzubringen und weil sie statt dessen die Aufsicht über die illegal gewordenen Gliederungen der verbotenen Partei nur noch erschwere.

Bei Redaktionsschluß dauerte die Konferenz noch an.

Preußen

Koalitionsfrüchte? —
Koalitionsopfer!
August Siemsen

Die Preußenkoalition ist von jeher Stolz und Zuversicht der SPD gewesen. Eine Kritik an der Preußenregierung oder an Braun und dem auf dem Kieler Parteitag mit Blitzlicht aufgenommenen und durch bengalische Dauerbeleuchtung ins Legendäre erhobenen Severing, dem nach Hilferding zu weltgeschichtlicher Bedeutung „emporgerstiegenen kleinen Metallarbeiter von Bielefeld“, erschien als eine frevelhafte Majestätsverletzung. Der „Hort der Republik“ und sein Innenminister sind vor allem stolz auf die preußische Polizei. Zahlreiche Polizeipräsidentenstellen sind in der Hand von Sozialdemokraten; an Polizeiverboten ist kein Mangel; während im halbfaschistischen Thüringen Reichsbanner und Schutzbund, ja selbst Kommunisten demonstrieren dürfen, herrscht im demokratischen Preußen allgemeines Demonstrationsverbot. Ob die preußische Polizei von den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in diesem Winter unseres Mißvergnügens mehr gegen sabotierende Kapitalisten oder gegen hungernde Arbeiter eingesetzt werden wird, soll hier nicht untersucht werden. Wir wollen hier nur etwas sagen über die Kulturfrüchte, die am Baum der Preußenkoalition gereift sind.

Für Minister, die in erster Linie Sozialisten sind, sollten die Fragen der Kultur und der Erziehung mit im Mittelpunkt ihrer Politik stehen. Für Braun und Severing, die in erster Linie republikanische Staatsmänner sind, treten sie weit zurück gegenüber den Aufgaben der Verwaltung und besonders der Polizei. Wenn man nicht bestreiten kann, daß in Preußen viele Sozialdemokraten in Verwaltungs- und Polizeistellen gebracht worden sind, so ist ebenso sicher, daß man auf die Besetzung wichtiger Stellen der Schulverwaltung sehr wenig Wert gelegt hat. Im preußischen Volksbildungsministerium gibt es nur verschwindend wenig Sozialdemokraten gegenüber der Masse zentriemlicher und reaktionärer Räte. Und nicht besser sieht es in der mittleren Schulverwaltung aus. Hinzu kommt, daß man fast durchweg halbseidene, auf dem rechten Flügel stehende Leute in diese Stellen gebracht hat, damit sie nicht Anstoß erregen und Schwierigkeiten machen.

Infolgedessen ist der sozialdemokratische Einfluß in der Schule gleich Null. Man wagt auch nicht, energisch gegen die nationale Propaganda in der Schule und gegen nationalistische Lehrbücher vorzugehen. Und man erntet jetzt die Früchte dieser sträflichen Nachlässigkeit in der nationalsozialistischen Verseuchung der Schulen, vor allem der höheren Schulen und der Universitäten.

Am bezeichnendsten aber für das Versagen der Preußenkoalition auf dem Gebiet der Kultur und Schule ist die beherrschende Stellung des Zentrums. Wenn je das Wort Gültigkeit gehabt hat „Zentrum ist Trumpf“, dann in der preußischen Kultur und Schulpolitik, und hier wiederum nie mehr, als seit der Sozialdemokrat Grimme Volksbildungsminister ist.

Das Preußenkonkordat wurde von Braun in geheimen Verhandlungen

Zu spät!

Graz, 16. November.

Der sozialdemokratische Parteitag nahm außer der bereits gemeldeten Entschliebung einen Sonderantrag an, in dem es heißt, der Parteitag möge in Ansehung der Aufrichterhaltung der Einigkeit der sozialdemokratischen Partei in allen Ländern als Voraussetzung für eine erfolgreiche Abwehr aller gegnerischen Angriffe die Internationale anweisen, alle Bestrebungen zur Wiederherstellung der gestörten Einheit in der deutschen Bruderpartei zu unterstützen.

Die Katholiken an der Spitze der reaktionären Weltfront

Köln, 16. November.

Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, daß auf der in Rotterdam Anfang November abgehaltenen dritten Hauptversammlung der ständigen internationalen Kommission der katholischen Verleger die Vertreter der katholischen Weltpresse beschlossen hätten, das Generalsekretariat der Kommission in Köln mit der internationalen Bekämpfung des Bolschewismus in Verbindung mit der katholischen Presse zu beauftragen. Das Generalsekretariat wird durch Herausgabe eines umfangreichen Artikel- und Nachrichtenmaterials an der internationalen Bekämpfung des Bolschewismus beteiligt sein.

Die sächsischen Nazis stellen Bedingungen

Dresden, 17. November

Die Landtagsfraktion der NSDAP hat auf eine Einladung der Wirtschaftspartei zu Vorbesprechungen über die Neuwahl des Landtagspräsidiums geantwortet, daß sie als die weitaus stärkste Partei Sachsens Anspruch auf den Vorsitz im Landtagspräsidium geltend mache und es ablehne, ihre von Anfang an unzweideutige Stellungnahme zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen. Die NSDAP sehe keine Veranlassung dazu, sich an Besprechungen über Dinge zu beteiligen, die für sie stets klar waren und zu denen Stellung zu nehmen den Parteien vor der Öffentlichkeit des Landtagsforums Gelegenheit gegeben sei.

Sozialdemokratie für Demokratie und Sozialismus

I. Breitscheid droht mit der Einheitsfront des Proletariats.

Eine Wahlente

In einer Wahlversammlung in Darmstadt hat Breitscheid verlangt, daß die Reichsregierung und die Länderregierungen dem Terror der Nationalsozialisten ein Ende machen. Die Sozialdemokratie würde sonst gezwungen sein, von der Tolerierungspolitik gegenüber Brüning abzugehen. Die Sozialdemokratie erwarte von der Regierung eine Antwort, ob sie den Kampf gegen den Faschismus aufnehme, oder ob sie sich dem Nationalsozialismus unterwerfe. Nehme die Regierung nicht den Kampf auf, so würde die Sozialdemokratie mit der KPD zusammengehen. Das sei möglich, weil die KPD von den Terrormethoden sich abgegrenzt habe.

Breitscheid droht also mit der Einheitsfront des Proletariats. Wenn die Regierung nicht gegen den Faschismus auftritt, so würde die Sozialdemokratie in Opposition treten und mit den Kommunisten zusammen den Faschismus bekämpfen. Es ist zwar eine Illusion, wenn Breitscheid glaubt, mit einer solchen Drohung, auf das Zentrum einen Druck ausüben zu können. Wenn das Zentrum erst offen sich zum Faschismus bekennt, dürfte Breitscheids Einheitsfront zu spät kommen.

Aber das Zentrum weiß auch, daß Rudi

Breitscheid nur so tut, aber gar nicht will. Die „Rheinische Zeitung“ in Köln hat auch sofort diese Einheitsfrontnachricht als „reine Sensationsmache“ abgelehnt und grundsätzlich sich gegen eine solche Front erklärt:

„Sowohl die Kommunisten wie die Sozialdemokraten wissen, daß zwischen ihnen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Stellung zum Staat und die Entwicklung zum Sozialismus bestehen. Eine sachliche Auseinandersetzung zwischen uns und den Kommunisten wird erst möglich sein, wenn die Moskauer Gewalttäter begreifen, daß in Westeuropa nicht mit russischen Methoden gearbeitet werden kann.“

Und Rudi Breitscheid selbst hat sich sofort dementieren müssen: So hätte er es gar nicht gesagt und gar nicht gemeint. Der Beschluß der KPD gegen den Terror hatte nur „eins der zahlreichen Hindernisse beseitigt, die bisher einem gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse zur Abwehr des Faschismus im Wege stehen.“ („Vorwärts“ vom 17. November.)

Rudi Breitscheid hat also eine ganz gewöhnliche Wahlente losgelassen, die er jetzt hat höchst eigenhändig wieder einfangen müssen.

II. Auf dem Wege zur Tolerierung der Nazis

Grundsatztreue Demokraten.

Aus dem Leitartikel des „Vorwärts“ vom 17. 11. erfährt man, daß die sozialdemokratischen Grundsätze auch die Tolerierung einer Nazi-Regierung notwendig machen. Warum?

Die Sozialdemokratie hat 1918 der Republik die Gesetze der Demokratie gegeben. Da sie in der Nationalversammlung die Mehrheit nicht hatte, „mußte“ sie „selbstverständlich“ sich mit den bürgerlichen Parteien koalieren.

Heute, fährt der treue „Vorwärts“ fort, sind die Nationalsozialisten in Hessen und vermutlich nicht nur in Hessen, die stärkste der Parteien. Sie hätten also nicht das Recht, allein zu regieren. „Dieses Recht würde ihnen nach den Gesetzen der Demokratie erst dann zustehen, wenn ihnen das Volk durch Mehrheitsentscheid den Auftrag gegeben haben wird.“

Aber sie haben ein Recht darauf, in eine Koalitionsregierung einzutreten, müßte jetzt der „Vorwärts“ konsequent fortfahren. Aber er ist doch ein klein wenig ängstlich vor solchen Konsequenzen aus seinen eigenen Thesen und meint mit Bauchgrimmien: „Ob man die Nationalsozialisten zur Regierung zwingen läßt oder nicht, ist eine Frage nicht des Rechts, sondern der politischen Erwägung.“ Und die politische Erwägung, die der „Vorwärts“ anstellt, ist: Die Nazis werden sich in der Regierungsverantwortung abnutzen wie es die Sozialdemokratie getan hat.

Und da ja feststeht, daß die abgenutzte Sozialdemokratie als Machtfaktor in der deutschen Innenpolitik nicht mehr in Frage kommt, wird die ganze Verantwortung dem Zentrum aufgebürdet. Die Nazis seien doch nicht legal, und wenn sie zur Regierung zugelassen würden, wie sollte diese dann gegen den Faschismus kämpfen?

Wenn man genauer hinsieht, so sieht man hier bereits den keimenden Tolerierungswillen der Sozialdemokratie. Wie sie in Braunschweig klaglos toleriert, so wird sie in Hessen die faschistische Diktatur tolerieren. Warum? Von wegen der Demokratie!

Französische Kapital wünscht Hitlerregierung

Die Pariser „Agence Economique et Financiere“ betont, daß der Aufstieg der deutschen Rechten den deutsch-französischen Verhandlungen niemals hinderlich sein könne. Es wäre im Gegenteil zu begrüßen, wenn die neuen mit Deutschland zu treffenden Abmachungen von einer Regierung unterzeichnet würden, in der die Nationalsozialisten vertreten wären. Die Lösung der zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Probleme könne jedenfalls durch die Beteiligung der Opposition an der Regierung nur gefördert werden.

Nazi-Regierung in Hessen?

Darmstadt, 16. November.

Die Lage in Hessen ist noch nicht geklärt. Die Zentrumsfraktion wird erst Ende der Woche Beschlüsse fassen, und auch die Nationalsozialisten haben noch in keiner Form zu

„Kultur und Erziehung unter dem Hakenkreuz“ im Auftrage der ASL für den Parteivorstand der SPD zusammengestellt habe, den Schulabbau Fricks aufs schärfste angegriffen. Ich habe damals zusammenfassend gesagt: „Brutalität und Zerstörungswut zeichnen ihre (der Nazis) praktische Kultur- und Schulpolitik aus.“ Wenn dieses Urteil damals von der SPD für richtig gehalten wurde, wie will sie dann das nennen, was jetzt in Preußen geschehen ist?

Oder will man etwa auch rechtfertigen, daß Preußen

für Kinderspeisungen 720 000, für Polizeihunde 730 000, für Pferderennen und Rennpferdezucht 8 200 000 RM.

Die Diktatur gerichtlich bescheinigt

Berlin, 17. November.

In einem Prozeß vor dem 2. Zivilsenat beim Oberlandesgericht Kiel wurde in einer einstweiligen Verfügungssache vom Beschwerdeführer die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 als verfassungswidrig und rechtsungültig bezeichnet. Hierzu hat der Senat grundsätzlich Stellung genommen. Die richterliche Rechtskontrolle gegenüber einer Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung dürfe und könne sich nicht nur auf die allgemeine Zuständigkeitsfrage erstrecken, weshalb es dahingestellt bleiben könne, ob bei Erlass der Notverordnung die Voraussetzung einer erheblichen Störung der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gegeben war. Eine Entscheidung der Frage, ob im Einzelfalle die vorhandenen Gefahren groß genug waren, um ein Eingreifen mit außerordentlichen Mitteln, wie es der Erlass einer Notverordnung darstelle, zu rechtfertigen, liege einem Richter nicht ob. Die maßgebende Kontrollinstanz hierfür sei lediglich der Reichstag.

Und da der Reichstag in Permanenz ver tagt ist, so ist hiermit Herrn Brüning gerichtlich bescheinigt, daß seine Diktatur im Rahmen der freiesten demokratischen Verfassung durch aus verfassungsmäßig ist.

Hundertprozentiges Nazi-Präsidium

Auf der ersten Sitzung der neugewählten Stadtverordnetenversammlung in Wittenberg wurde als Stadtverordnetenvorsteher Kaufmann Hans Kähler gewählt, zum ersten Stellvertreter Lehrer Lehmann und zum zweiten Stellvertreter Arbeiter Höhne. Alle drei gehören der NSDAP an.

Die Arbeitslosigkeit in Wien. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Wien ist in der ersten Hälfte des Monats November um 5206 auf 90 591 gestiegen. Damit ist der Stand um 8316 höher als im Vorjahre, in dem in der gleichen Zeitperiode ein Steigen um 5831 zu verzeichnen war.

Achtung Ortsvereine!

Sämtliche Ortsvereine müssen jetzt im Besitz der Berichtsbogen sein, um die Meldungen per 1. Dezember pünktlich liefern zu können. Wer noch ohne Berichtsbogen ist, wende sich sofort an die zuständige Bezirksleitung. Es muß möglich sein, daß die Meldungen am 3. Dezember restlos in Händen des Parteivorstandes in Berlin sind.

Der Hauptvorstand der SAP.

Sieg der englischen Schutzzöllner

Kotau des „liberalen“ Handelsministers

Nun hat sich der „liberale“ Handelsminister Runciman dem englischen Unterhaus vorgestellt und seinen Kotau vor der schutzzöllnerischen Mehrheit gemacht, vor aller Öffentlichkeit dem Freihandel ab geschworen und sich zum allbritischen Zollsystem bekannt. Damit ist, wie wir das hier voraussagten, das „Gegengewicht“ gegen den Hochschutzzöllner Neville Chamberlain schon ausgefallen.

Zwar ist vorerst von Lebensmittelzöllen abgesehen, aber doch auch von dem Handelsminister betont worden, daß der Landwirtschaftsminister an einem Gesetz zugunsten der Landwirtschaft arbeite.

Von Interesse gerade auch für Deutschland war die Behandlung der Reparationsfrage durch den Handelsminister. Hierbei kam klar zum Ausdruck, warum England sich gegen diese, vor allem auch gegen Solllieferungen, die ja zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten für Deutschland bedeuten, wendet. Es betrachtet die Reparationsfrage vom Standpunkt des Konkurrenten, was gewiß begreiflich ist, aber auch beachtet werden muß bei der Einschätzung englischer Aeußerungen zu dieser deutsch-französischen Streitfrage.

Wie weit der schutzzöllnerische Kurs im „nationalen Kabinett“ MacDonald schon Boden gewonnen hat, zeigt sich an der Zustimmung der konservativen Hochschutzzoll-Gruppe. Sir Henry Page Croft, der Führer der konservativen Hochschutzzollgruppe im Unterhaus, gab

auf einer großen Versammlung konservativer Parlamentsmitglieder seiner vollen Zufriedenheit über die Rede Runcimans Ausdruck. Dieser habe bewiesen, daß er entschlossen sei, die Ermächtigung zum Handeln zu erhalten. Was das Ausmaß der Vollmachten anbelange, so müsse es als im großen und ganzen befriedigend bezeichnet werden. Allerdings hätte er, Page Croft, persönlich gerne Fertigfabrikate der Lebensmittelindustrie in die mit Wertzoll belegten Waren eingeschlossen. Auch da wird dem edlen Herrn ja bald Genugtuung werden.

Und damit Herr MacDonald sich über seine Ausichten nicht täusche, betonte der Konservative Amery in der Schlußdebatte über die Thronrede, daß die Schutzzollanhänger, zu denen er gehöre, überzeugt seien, daß ohne Schutzzoll die Aufgabe der Regierung nicht wirksam durchgeführt werden könne. Der Premierminister habe ein Mandat für eine rasche Aktion angesichts einer ernsten nationalen Notlage erhalten. Das Land werde der Regierung und dem Parlament nicht verzeihen, wenn sie jetzt zögern würden. Amery schloß seine Rede, indem er nachdrücklich für drastische allgemeine Interimsmaßnahmen bezüglich der Handelsbilanz eintrat und auf die Einführung eines Nottarifs nicht später als Dezember drang.

Kein Abbruch der Rundtisch-Konferenz

London, 17. November.

Die gestrigen Erörterungen im Ausschuss für bundesstaatliche Struktur der indischen Konferenz am Runden Tisch haben entgegen manchen Voraussagen nicht zu einem Abbruch geführt. Vielmehr ist jetzt damit zu rechnen, daß die Erörterungen noch bis in die nächste Woche fort dauern werden. Die Aussichten auf Erfolg der Konferenz werden allgemein als günstiger betrachtet.

Straßenbahnerstreik in Warschau

Warschau, 17. November.

Zwischen dem Magistrat und den Straßenbahnern ist ein Lohnstreik ausgebrochen. Die Straßenbahnangestellten sind in den Ausstand getreten, so daß der Straßenbahnverkehr in Warschau eingestellt worden ist.

Wirtschaft und Arbeit

Lohnsklaven des 20. Jahrhunderts!

Von einem Crimmitschauer Gewerkschaftsfunktionär wird uns geschrieben:

Als Sklaven der Textilindustrie sind die im westsächsischen Industriegebiet beschäftigten Proleten anzusehen. Die Entlohnung ist eine der schlechtesten im Reichsmaßstab. Die Crimmitschauer Arbeiterschaft, bekannt durch den großen Streik von 1903 und ihrer politischen sowie wirtschaftspolitischen Einstellung, wird heute durch die Bürokratie daran gehindert, im Gewerkschaftskörper zu dem einzigen Mittel zu greifen, das aus dieser trostlosen Lage herausführen kann.

Seit Monat Oktober stehen die Gewerkschaften im Lohnkampf, wenn man es noch so nennen will, denn von Kämpfen ist keine Spur zu merken. Wir wollen einmal zeigen, wie im vorliegenden Lohnvertrag die Proleten der westsächsischen Textilindustrie entlohnt werden:

Als Qualitätsarbeiter werden im Crimmitschauer Wirtschaftsgebiet die Tuchweber angesprochen, durch Maßnahmen der Rationalisierung kann sich heute ein Weber im Produktionsapparat nur halten, wenn er das errechnete Arbeitspensum wenigstens bis zu 90% erreicht, andernfalls wird er in das Heer der Millionen abgeschoben. Also die Leistung muß schon eine Spitzenleistung sein und die Löhne der Weber sind die Spitzenlöhne der Textilindustrie. Ein Weber erhält für eine Arbeitsleistung in einer Lohnwoche als Nettolohn 27.— bis 31.— RM. im Durchschnitt, der bei sehr gutem Material noch ungefähr um 10% gesteigert werden kann. Bei Verarbeitung von schlechtem Material ist der Nettolohn schon bis 23.— RM. bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 46—48 Stunden gesunken. Viel schlechter noch ist nun die Entlohnung der Hilfsarbeiter: Ein Appretur-Gehilfe, Vater von 3 Kindern, der also eine Familie von 5 Köpfen ernähren muß, erhält bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche einen Bruttolohn von 23.48 RM. Davon geht ab für Invalidenversicherung 60 Pf., für Krankenversicherung 80 Pf. und Arbeitslosenversicherung 68 Pf. Also ein Gesamtanzug von 2.08 RM., so daß ein Nettolohn von 21.40 RM. übrig bleibt. Von diesen 21.40 RM. muß ein Familienvater seine Frau und drei noch schulpflichtige Kinder ernähren, Miete, Feuerung, Licht, Bekleidung bestreiten. Was da zum nackten Leben noch bleibt, kann sich jeder selbst ausrechnen. Für ledige Arbeiterinnen zahlt man Löhne bei 40 Stunden Arbeitszeit von netto 9.50 RM. Eine Arbeiterin über 20 Jahre erhält bei 40 Stunden Arbeitszeit abgerundet 13 RM. Nettolohn. Wieviele sind bei diesen Arbeiterinnen Witwen, die von diesen Löhnen noch Kinder mit ernähren müssen! Wer nun geglaubt hätte, daß dieser Lohnstand nicht noch weiter verschlechtert werden könnte, der hat sich getäuscht.

Der Schlichter im Lohnstreit fällt einen Schiedsspruch, und ab 10. November werden den Textilproleten von diesen oben angegebenen Löhnen nochmals 5% abgezogen.

Wir erklären als Funktionäre der Gewerkschaften, von nun an ist Schluß mit dieser Lohnpolitik, wir wollen endlich einmal unseren Standpunkt den Herren Industriemännern zeigen, kämpfen wollen wir und nicht abwarten, bis wir mit gebrochenem Kreuz unterliegen. Denn mit jeder schlechter werdenden Entlohnung schwächen sich die Gewerkschaften selbst. Darum Schluß mit dieser Politik des Nachgebens und Abwartens!

Stegerwalds Organ gegen Stegerwald

Mit Worten hat die „christliche“ Presse nie gespart, wenn sie ihre Schäflein bei der Stange halten wollte. So bedeutet es auch nicht viel, wenn „Der Deutsche“, das Blatt der christlichen Gewerkschaften und Sprachrohr des Herrn Stegerwald, pathetisch ausruft: „Schluß mit dem Lohnabbau.“ Aber es ist doch bemerkenswert für die Stimmung in den christlichen Gewerkschaften, daß das Blatt des Gewerkschaftlers Stegerwald gegen den Schiedsspruch für die westsächsische Textilindustrie, den der Reichsarbeitsminister Stegerwald für verbindlich erklärt hat, polemisiert und seinen Erguß mit den Worten schließt:

„Das Ende vom Lied wird sein, daß die Löhne und Gehälter auch ohne Wirtschaftsbeirat auf den Tiefpunkt gedrückt sind, und daß die Preise sich trotz des Wirtschaftsbeirats im wesentlichen halten. Nach unserem Dafürhalten ist der Zeitpunkt längst überschritten, wo für das Arbeitsministerium die Parole lauten muß: Entweder die Kosten der Lebenshaltung werden gesenkt, oder die schon so niedrigen Löhne und Gehälter bleiben unangetastet. Lohn- und Preispolitik müssen einheitlich sein.“

Man soll sich nicht täuschen lassen. Diese starken Worte sind sicherlich in der Hauptsache zur Abweglung der erregten Gemüter geschrieben. Aber sie sind doch auch eine Bestätigung dafür, daß Wirtschaftsbeirat und Preissenkung fauler Zauber sind, an den auch die christlichen Gewerkschaftsführer nicht mehr glauben, wenn sie je daran geglaubt haben.

Eine neue Notverordnung in Sicht

Die Regierung beabsichtigt, das Nachtbackverbot aufzuheben. Angeblich soll auf diese Weise eine Erhöhung des Brotpreises vermieden werden. Es ist anzunehmen, daß die Bäckereien auf die Regierung in dieser Richtung einen Druck ausgeübt haben, um bei dieser Gelegenheit, wo weder die Regierung noch die Bäcker selbst wagen dürfen, mit einer Brotpreiserhöhung vor die Massen zu treten, wenigstens ihren Wunsch auf Aufhebung des Nachtbackverbotes durchzudrücken.

Tatsächlich geht die Preistreiberi auf dem deutschen Getreidemarkt immer weiter. Würde das Nachtbackverbot fallen, so würde dies nur dazu führen, daß die Spekulation den Ge-

treidepreis weiter in die Höhe treiben würde.

Die Verhältnisse auf dem Getreidemarkt würden jetzt schon noch bedenklicher sein, wenn nicht die Regierung mit billigem russischem Roggen öfter einen Druck auf die Preise ausübte. Diese Tatsache ist nicht uninteressant, da bekanntlich der sozialdemokratische Reichsroggenkommissar vor gar nicht langer Zeit das Sprachrohr des deutschen Getreidekapitals gegen das angebliche russische Dumping war. Nachdem seine Getreidepolitik in diesem Jahr noch jämmerlicher als zuvor Schiffbruch erlitten hat, muß er froh sein, wenn er auf den Krücken des russischen Getreideimports zunächst weiterwursteln kann. Wie lange noch?

Der Lohnkampf an der Ruhr

Ergebnislose Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau

Essen, 17. November.

In den Lohnverhandlungen am Dienstag zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden wurde eine Einigung nicht erzielt. Der Zechenverband forderte eine Kürzung der Löhne um 10 v.H. sowie eine Erweiterung der Randzechenklause, während die Gewerkschaften jeden weiteren Lohnabbau entschieden ablehnten.

Die Schlichtungsverhandlungen finden voraussichtlich am 23. November statt.

Die Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau. Erklärungen der Parteien.

Essen, 17. November.

Zu Beginn der Lohnverhandlungen am Dienstag gab Generaldirektor Dr. Wiskott für den Zechenverband folgende Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „mit der auf Grund einer besonderen Notverordnung vorgenommenen Verkürzung der Laufdauer des letzten Lohnschiedsspruches hat die Reichsregierung anerkannt, daß der Abbau der Tariflöhne um 7 v.H. ab 1. Oktober nur eine vorübergehende Regelung darstellen könne. Der Zechenverband ist genötigt gewesen, wiederum die Lohnordnung zu kündigen, um seinerseits eine weitere Selbstkostensenkung zu erreichen. Er bedauert, daß er durch die fortgesetzt notwendig werdenden Kürzungen der Lohnregelung immer wieder in einen Gegensatz zu

seiner Arbeiterschaft gebracht wird, weil das heutige Regierungssystem, bisher jedenfalls, Möglichkeiten einer Entlastung, insbesondere auf dem Gebiet der Steuern, Soziallasten, Frachten und Zinsen nicht gezeigt hat.

Zur Erzielung einer wirksamen sofortigen Selbstkosten-Entlastung bleibt somit zunächst nur eine Senkung der Löhne und Gehälter möglich.

Die Gewerkschaftsvertreter wiesen in den Verhandlungen darauf hin, daß sie jeden weiteren Lohnabbau mit aller Entschiedenheit ablehnen müßten. Wenn eine weitere Senkung der Selbstkosten notwendig sei, könne diese unmöglich durch eine neue Senkung der Lohnkosten gefunden werden. Notwendig sei statt einer Lohnsenkung vor allem eine durchgreifende Senkung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise. Weiterhin brachten die Gewerkschaftsvertreter ihr Befremden darüber zum Ausdruck, daß die Zechenvertreter sämtliche Arbeitsverträge gekündigt hätten, bevor überhaupt ein Verhandlungsergebnis vorlag. Der Lohnstreit habe dadurch eine erhebliche Verschärfung erfahren. Sollte man den Neuabschluß der Arbeitsverträge bzw. einen tariflosen Zustand dazu benutzen, um den gewünschten Lohnabbau auf diesem Wege vorzunehmen, so sei, wie die Gewerkschaftsvertreter betonten, eine Aussperrung nicht zu vermeiden.

Selbst der Stahlhelm braucht ein soziales Mäntelchen

Hagen, 16. November.

Der Landesführer des Stahlhelm Westmark, Mahnen, richtete an den Zechenverband in Essen folgendes Schreiben: Die Zechen des Ruhrgebietes haben die allgemeine Kündigung mit dem Zweck der Lohnherabsetzung ausgesprochen. Dieser Weg zur Rettung der Wirtschaft ist rettungslos. Die Herabdrückung der allgemeinen Lebenshaltung der Nation nur zum Zwecke der Aufrechterhaltung eines sinnwidrigen Systems der Kreditwirtschaft und einer dem Arbeitnehmer nicht wirklich helfenden Sozialpolitik ist sinnlos, und eine Politik, die die Befreiung nicht bringen kann, rechtfertigt nicht die ungeheuren Opfer, die nur für eine wirkliche Befreiung der Nation Gewinn haben können. Deshalb richtet der Landesverband an die Mitglieder des Zechenverbandes den dringenden Appell, den Weg zur Rettung nicht mehr in der bisherigen Richtung zu suchen, sondern in dem klaren und eindeutigen Kampf um die grundsätzliche Aenderung eines für das gesamte Volk verderblichen Systems.

Die Stahlhelmer sind jetzt unter Druck, weil die Verelendung der Arbeiterklasse mit ihrer Rückwirkung auf die Gesamtheit auch an den Stahlhelmen nicht vorübergeht. Sie glauben, die Schuld auf die „Tributzahlungen“ die Deutschland bekanntlich niemals gezahlt hat, schieben zu können, und verlangen die Beseitigung dieses „Tributsystems“. Aber dieses Tributsystem gehört zum Kapitalismus und ohne Sturz des Kapitalismus, ohne Aufhebung der Ausbeutung einer Klasse durch die andere gibt es auch keine Beseitigung der Ausbeutung eines Volkes durch ein anderes.

Der Ausweis der Reichsbank

Starke Devisenabzüge. Neue Außenhandelskontrolle?

Berlin, 17. November

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 14. November 1931 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 47,7 Mill. auf 3997,6 Mill. RM. verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und -schecks um 48,7 Mill. auf 3781,4 Mill. RM. abgenommen, die Lombardbestände um 1,0 Mill. auf 113,4 Mill. RM. zugenommen. Die Bestände an Reichsschatzwechseln, die am Schluß der Vorwoche 30 000 Reichsmark betragen hatten, werden mit 10 000 RM. ausgewiesen.

Wer streikt?

Der Käufer oder das Portemonnaie? Der Einzelhandel verhöhnt seine Kunden.

Seit zum ersten Male das Wort „Preissenkung“ in der politischen Debatte erschien, ist die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels mit einem Eifer, der für keine würdigere Sache angewandt werden könnte, beflissen, alle Preissenkungsaktionen zu verhindern. Wenn der Hauptgemeinschaft kein Erfolg mit dieser Absicht beschieden war, so ist das sicherlich nicht ihr Verdienst, sondern Schuld der Verhältnisse, die eben stärker sind als die schlechtesten Absichten. Hat ein Arbeiter — und daraus rekrutiert sich ja die Hauptkundschaft des Einzelhandels — zwei Mark in der Tasche, dann kann er eben nicht drei Mark ausgeben, und da der Mensch natürlich zuerst vom Essen und Trinken lebt, so wird der größte Teil des Einkommens für die sogenannten lebensnotwendigen Bedürfnisse: Essen, Trinken, Wohnen (was man so nennt) und Verkehr ausgegeben. Für die übrigen Bedürfnisse, die der Mensch hat, bleibt nichts übrig. Die Läden des Einzelhandels stehen leer, und wer was verkaufen will, der muß schon einigermaßen seine Preise den veränderten Einkommensverhältnissen anpassen, sonst bleibt ihm nichts anderes übrig als Erinnerungen an die Zeiten, in denen mal Ware verkauft wurde. Also, der Kunde kann nicht, nicht weil er nicht kaufen will, sondern weil er nicht kaufen kann, nicht er streikt, sondern sein Portemonnaie. Das müßte aber den Herren Einzelhändlern doch wirklich zur Genüge bekannt sein, und wenn jetzt die Hauptgemeinschaft wieder einmal auf Grund von angekündigten Preissenkungsaktionen (die so verlaufen wie angekündigte Revolutionen) von einem Käuferstreik redet, so kann man das nur als eine Verhöhnung seiner Kundschaft bezeichnen. Es sind Preissenkungsaktionen angekündigt, und der Einzelhandel kauft, so weit wir ihn kennen, Ware nur zu den teuersten Preisen ein. Wenn die Waren billig sind, dann wartet er mit seinem Einkauf. Er nimmt es deshalb dem Konsumenten mit Recht sehr übel, daß er die Waren billig haben will. Wenn der Konsument glaubt, daß er einen nicht dringenden Bedarf vorteilhafter decken kann, wenn er wartet, dann wird gegen ihn losgewettert. Das Recht, billig einzukaufen, hat nur immer der Interessent selber, nicht der andere. Wir glauben nicht daran, daß die Regierung ernsthaft etwas gegen die Preise unternimmt. Die Interessentenhäufen, die sie daran hindern, haben eine zu große Macht. Es geht hier so, wie einmal vor, den Verhandlungen in Zollfragen erzählt wurde, jede einzelne Interessentengruppe ist Freihändler, aber nur für die anderen, für die eigene Gruppe verlangt man Zollschutz. Genau so ist es mit dem Preisabbau: Anfangen sollen die anderen, dann wird man nachkommen. Da aber keiner anfängt, senkte die Preise, ähnlich wie in dem Heineschen Gedicht, keiner von allen. Beispiele gibt es ja genug aus der letzten Zeit. Der Fleischer behauptet, seine Existenzgrundlage werde gefährdet, wenn er das Fleisch billiger verkaufen müßte. Der Landwirt klagt über die zu niedrigen Viehpreise, und teuer bezahlen muß der Konsument. Beim Brot genau dasselbe. Der Landwirt erzielt nicht genügend hohe Getreidepreise, der Mühlenindustrie geht es schlecht, weil die Mehlpreise so niedrig sind, und der Brotpreis ist so hoch, weil der Mehlpreis so hoch ist. Um eine Begründung für hohe Preise ist man wirklich nicht verlegen. Der Leidtragende ist der Konsument, ist die Masse; allerdings hat sie selbst die Schuld, denn Masse als Interessenten gibt es nicht, es gibt höchstens eine Masse von Interessenten, und weil es so ist, deswegen fehlt der Masse die Macht, die sie haben müßte und haben könnte.

Verbindlichkeitserklärungen am laufenden Band

Trotz aller Proteste der Gewerkschaften, die Stegerwald mit einer Handbewegung vom Tische fegt, werden täglich weitere Schiedssprüche verbindlich erklärt. Die Eisenbahnarbeiter sind auf diese Art zu dem längst festgelegten Lohnabbau gekommen, in der westsächsischen Textilindustrie ist der Schiedsspruch, der einen fünfprozentigen Lohnabbau enthält, für verbindlich erklärt worden. Damit werden Löhne weiter abgebaut, die sich zwischen 5 und 20 Mark bewegen, damit wird der Hunger einer Arbeiterschicht verschärft, die längst zu den am schlechtesten gestellten deutschen Arbeitern gehört.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat sich in dem westsächsischen Lohnkonflikt darauf beschränkt, einen andern Schiedsspruch und einen andern Schlichter zu verlangen. Er hat damit von vornherein kapituliert. Wie lange soll das noch so weitergehen?

Werbt für die SAZ!

Arbeit zum Ziel — nicht
Diskussion um Dogmen

Die Parteileitung der Kommunistischen Opposition hat bekanntlich vor kurzem nach der Ablehnung der Verschmelzung mit der SAP an deren Vorstand die Forderung der Zusammenarbeit in bestimmten Einzelfragen gerichtet. Der Vorstand der SAP hat darauf mit dem folgenden Schreiben geantwortet:

Werte Genossen!

Gemäß unserem programmatischen Ziel, durch unsere Politik die größte jeweils mögliche Einheit des Proletariats in der Aktion herbeizuführen, haben wir Eure Vorschläge zu gemeinsamer Arbeit in verschiedenen Fragen sorgfältig geprüft.

Zunächst müssen wir mit Bedauern feststellen, daß Ihr die günstigste und der Einigung des Proletariats förderlichste Form der Zusammenarbeit: den gemeinsamen Aufbau der neuen Organisation, die das gesamte Proletariat zum revolutionären Kampf zusammenschließen soll, brüsk abgelehnt habt. Daß nicht nur unsere Funktionäre und Anhänger dieses kurzsichtige Verhalten auf Eurer Seite nicht verstehen konnten, sondern daß auch die Mitglieder der KPD-O dies Verhalten nicht billigen, beweist der Uebertritt zahlreicher Mitglieder der KPD im ganzen Reich zur SAP. Wir glauben, daß diese Mitglieder der KPD in gesundem proletarischem Instinkt der gemeinsamen Aktion des Proletariats besser dienen als die doktrinaire Selbstgefälligkeit der Leitung der KPD.

Insbesondere bedauern wir, daß aus der innerhalb der KPD geführten Diskussion klar hervorgeht, daß deren gegenwärtige Mehrheit die Erhaltung der KPD als selbstständige Organisation höher einschätzt als die von uns erstrebte Zusammenfassung des gesamten Proletariats zu zielklarem Klassenkampf. Wir erwähnen zum Beweis nur die Antwort der „Arpo“ an Paul Frölich, in der es heißt:

„Die Auffassung (gemeint ist die Auffassung der derzeitigen Minderheit der KPD), daß die SAP keine zentralistische Partei sei, muß die grundsätzliche Festigkeit der KPD und damit ihre Existenz bedrohen.“

Also nicht die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Auffassung über unsere Funktion im proletarischen Klassenkampf wird zum Maßstab ihrer Einschätzung gemacht, sondern allein die Existenzmöglichkeit der KPD als selbstständige Organisation. Durch die fortwährende Wiederkehr dieser Einstellung wird Euer Angebot auf Zusammenarbeit in einzelnen Fragen bedauerlicherweise stark entwertet.

Wir halten die Zeit für zu ernst, um über den I-Punkt des Dogmas zu diskutieren. Wir sind der Meinung, daß nicht durch eine ins Kleinliche sich verlierende Diskussion die Vorwärtsentwicklung der Arbeiterklasse zum revolutionären Kampf zu erreichen ist, sondern allein durch die Entfaltung der eigenen Initiative der proletarischen Massen im Kampfe selbst. Deshalb haben wir unserer Organisation auch eine Form gegeben, die sie vor jener Gefahr schützt, der ihr nach der Meinung der Minderheit, in euren Reihen zu erliegen im Begriff seid; einer Gefahr, die eure Minderheit mit ihren eigenen Worten darin sieht, daß

„trotz aller Warnungen Fehler zum System erhoben und die Möglichkeiten zur Korrektur durch dogmatische Starrheit verhindert werden.“

Durch diesen euren Fehler habt ihr euren eigenen Vorschlag überparteilicher Klassenwehren völlig entwertet. Die politisch nicht anderweitig organisierten Proletarier suchen wir durch unseren Schutzbund bereits dem proletarischen Abwehrkampf einzugliedern und haben damit schon in den wenigen Wochen unserer Arbeit teilweise erstaunliche Erfolge erzielt. Durch eure Einstellung uns gegenüber habt ihr es uns also unmöglich gemacht, euren Vorschlag überparteilicher Klassenwehren — die unter diesen Umständen zu aktionsunfähigen Diskutierklubs entarten müßten — anzunehmen. Auch feste antifaschistische Kartelle können nach unseren Erfahrungen solange keinen praktischen Erfolg erzielen, wie ihr, und ebenso KPD, SPD und Reichsbanner — soweit sie sich überhaupt daran beteiligen würden — eure Parteiinteressen höher einschätzt als das proletarische Klasseninteresse. Unter solchen Umständen würde auch eine kartellmäßige Bindung leicht zu allgemeiner Lähmung führen. Wir sind deshalb der Meinung, daß es unseren Ortsgruppen, Unterbezirken und Bezirken vorläufig überlassen bleiben muß, bei jeder einzelnen Aktion, die sie planen, an diejenigen anderen proletarischen Organisationen heranzutreten, von deren Beteiligung sie sich einen Nutzen für die gemeinsame Sache der Arbeiterklasse versprechen und die ihnen die Gewähr zu bieten scheinen, daß sie ebenso wie wir das proletarische Klasseninteresse höher einschätzen als ihre Sonderinteressen und demgemäß eventuelle gemeinsame Aktionen nicht zu engstirniger Parteipropaganda mißbrauchen werden. Wir werden dabei von dem Gedanken geleitet, daß die politische Entwicklung sehr schnell in allen proletarischen Organisationen diejenigen in die Mehrheit bringen wird, die gleich uns die gemein-

Katzenellenbogen

Oder: „Recht“ in Deutschland

Am 16. November:

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft I Berlin ist von dem Untersuchungsrichter des Landgerichts I Berlin die Voruntersuchung gegen Ludwig Katzenellenbogen und die vier anderen Mitglieder des bisherigen Generaldirektoriums der Schultze-Patzenhofer A. G. eröffnet worden.

Sämtliche fünf Personen werden angeschuldigt, fortgesetzt als Mitglieder des Vorstandes wesentlich in der Aufsichtersitzung vom 18. 11. 1930 und in der Generalversammlung vom 3. 1. 1931 den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft unwahr dargestellt oder verschleierte zu haben. Ferner wird Ludwig Katzenellenbogen angeschuldigt, durch eine weitere selbständige Handlung als Vorstandsmittelglied absichtlich zum Nachteil der Schultze-Patzenhofer A. G. gehandelt zu haben.

Der Untersuchungsrichter hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen Ludwig Katzenellenbogen Haftbefehl wegen Fluchtverdacht erlassen. Er ist in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit eingeliefert worden.

Am 17. November:

Auf Antrag der Verteidigung des früheren Generaldirektors Katzenellenbogen fand vor dem Untersuchungsrichter ein Haftprüfungstermin statt. Die Verteidiger

beantragten in diesem Termin die Haftentlassung Katzenellenbogens gegen Sicherheitsleistung von 100000 Mark. Die Staatsanwaltschaft widersprach diesem Antrage, weil sie eine Kautionshöhe von 300000 bis 600000 Mark für erforderlich hielt. Demgegenüber betonten die Anwälte, daß Katzenellenbogen vermögenslos sei und daß die Summe nur von seinen Freunden beschafft werden könne. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Buse, beschloß, den Haftbefehl weiter aufrechtzuerhalten, Katzenellenbogen jedoch mit der weiteren Vollstreckung der Untersuchungshaft zu verschonen, wenn er eine Kautionshöhe von 100000 Mark stellt, seinen Reisepaß abliefert und sich zweimal täglich beim zuständigen Polizeirevier meldet.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen diesen Beschluß zwar Berufung eingelegt — Tatsache aber bleibt doch, daß die großen Bankrottouten sich durch Geldsummen von der Haft loskaufen können, während Proletarier oft wegen der geringfügigsten Delikte in Untersuchungshaft gehalten werden!

Von einer Inhaftierung der in die Affäre verstrickten Bankkapitäne ist selbstverständlich überhaupt nicht die Rede... So ist das „Recht“ in unserer gesegneten Republik beschaffen!

Spartakus

Die historische Rolle der Spartakusgruppe

Fritz Rühl

Revolutionäre Tradition gehört zu den wertvollsten ideellen Gütern einer aufwärtsstrebenden Klasse und wenn es sich um ein Land wie Deutschland handelt, wo man einen Ueberfluß auf diesem Gebiet nicht beklagen kann, sollte das Wenige um so sorgfältiger gehütet und dem Bewußtsein der lebenden und gegenwärtig kämpfenden Generation einverleibt werden. Aber es ist in Deutschland schon einmal so, daß man die Ursachen der Misere, die sich Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nennt, mit Vorliebe dort sucht, wo sie nicht zu finden sind, nämlich bei den Ansatzpunkten einer gründlichen prinzipiellen Selbstbesinnung auf die revolutionären Wurzeln jeder Organisation und Aktion der Arbeiterklasse. Für die Bewältigung der proletarischen Klassenaufgaben im Zeitalter der sozialen Revolution hat die um Rosa Luxemburg und Franz Neuring gescharte Spartakusgruppe, die während des Krieges und in den ersten Monaten der Revolution eine theoretische und taktische Leistung vollbrachte, deren Wertquellen noch lange nicht erschlossen sind, fruchtbarste Vorarbeit geleistet.

Der Angriff auf die Bedeutung und theoretische Leistung der Spartakusgruppe erfolgte von verschiedenen Seiten. Aus taktischen Gegensätzen heraus, die allerdings trotz aller Dekrete und Beschlüsse auch heute noch in unverminderter Heftigkeit bestehen, gingen die theoretischen Führer der Komintern dazu über, die zahlreichen „Kinderkrankheiten“ der deutschen kommunistischen Bewegung aus ihrer spartakistischen Vergangenheit und Tradition heraus zu erklären. Obwohl ein Ausspruch Lenins im Verlauf dieser Auseinander-

setzung öfters zitiert wurde, daß Rosa Luxemburg ein „Adler“ sei, ging man doch daran, dem Adler immer mehr seiner Schwungfedern auszuziehen, so daß in der heutigen kommunistischen Bewegung der Name Rosa Luxemburg kaum noch mehr bedeutet als eine nebelhafte Größe, die man an den fälligen Gedenktagen feiert und im übrigen nicht weiter beachtet.

same Aktion der Klasse für das dringendste Erfordernis des Tages halten.

Die in eurem Schreiben unter „Gemeinsamer Kampf in den Gewerkschaften“ aufgeführten Forderungen sind fast alle dem letzten Abschnitt unseres provisorischen Aktionsprogramms entnommen. Für diese Forderungen sowohl in den Gewerkschaften wie überall sonst sich mit aller zur Verfügung stehenden Kraft einzusetzen, sind unsere Genossen durch unser Programm verpflichtet. Jede Unterstützung bei der Propaganda dieser Forderungen und bei dem Bestreben, die proletarischen Massenorganisationen für den Kampf um diese Forderungen zu mobilisieren, werden unsere Genossen warm begrüßen. Ebenso werden sie, wo immer andere sich zu diesen unseren programmatischen Forderungen bekennen, mit all ihrer Kraft Unterstützung leihen.

Aus diesem praktischen Kampf um praktische Forderungen wird — wie am Schluß unseres provisorischen Aktionsprogramms bereits festgestellt ist — die einheitliche revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse notwendig heranreifen.

Wir bedauern noch einmal, daß es uns durch eure Schuld unmöglich gemacht ist, diesen Kampf mit euch gemeinsam in einer Organisation vorzubereiten. Wir werden unsere ganze Kraft daran setzen, die Organisation der SAP so auszubauen, daß sie zum wirksamsten Werkzeug dieses Kampfes wird.

Freundschaft.

Der Parteivorstand der SAP.

deutschen Sozialdemokratie eine reformistische Partei gemacht haben, daß Spartakus in der Kriegszeit mit den pazifistischen Illusionen in der Arbeiterbewegung gründlich aufgeräumt hat. Der bürgerliche Pazifismus, der sein Heil von der Verständigung kapitalistischer Mächtegruppen erwartet, ist nichts anderes als der Opportunismus auf der außenpolitischen Arena. Dem gegenüber hat Rosa Luxemburg in Anwendung der Morreschen Theorie die Notwendigkeit einer revolutionären Klassenpolitik des Proletariats auch in der Außenpolitik entwickelt. Sie hat durch ihre theoretische Analyse des Imperialismus den

Nachweis der dem Kapitalismus innenwohnenden ökonomischen und politischen Widersprüche erbracht, die zum Kriege führen müssen, wenn nicht die revolutionäre Aktion des Proletariats sie daran hindert.

Sie und die mit ihr verbundenen Genossen des linken Flügels der Sozialdemokratie haben auf den Parteitag der Vorkriegszeit die mit der Hoffnung auf Abrüstung, kapitalistische Verständigung, Schiedsgerichte usw. verbundenen Illusionen aufs schärfste bekämpft, weil sie der Entfaltung der Massenaktivität, der eigenen proletarischen Aktion, der Propagierung des Massenstreiks als politisches Kampfmittel hemmend im Wege standen. Und während des Krieges richtete sich die Kritik der Spartakusgruppe mit verstärkter Wucht gegen die pazifistische Illusionspolitik, die in manchen Kreisen der damaligen USP grassierte und ein Ausfluß der Tatsache war, daß auch große Teile der USP in ideeller Beziehung nur schrittweise, zögernd, von den Ereignissen gestoßen, sich aus der Gedankenwelt lösten, die unter den Trümmern des 4. August begraben wurde.

Es ist nur ein Zeichen notwendiger Entwicklung, daß der Pazifismus nach dem Kriege in der SPD eine große Rolle spielte. Er bedeutete hier sogar dort, wo er ehrlich fundiert war, eine Art der Rebellion gegen die nationalistischen Sprünge der offiziellen Parteipolitik. Er ist jedoch völlig ungenügend und wird zur reaktionären Erscheinung in einer Bewegung, die grundsätzlich mit dem Reformismus brechen will. Es gilt, nicht einen Schritt zurück zu machen, zum Wortradikalismus der Vorkriegszeit und den pazifistischen Illusionen, denen eine so grausame Ernüchterung gefolgt ist und immer wieder folgen muß, so lange der Kapitalismus besteht, sondern es gilt, einen Schritt vorwärts zu machen zur Entwicklung der proletarischen Massenbewegung, die nur mit ihren eigenen Lösungen, innenpolitisch wie außenpolitisch, kämpfen und siegen kann. Die Anknüpfung an die theoretische und taktische Arbeit der Spartakusgruppe wird dabei die fruchtbarsten Ergebnisse zeitigen

Der Ehren-Ungar

und sein heiliges Regiment

Budapest, 16. November.

Aus Anlaß der Ueberreichung des Ernennungsdokuments über die Inhaberschaft des königlich-ungarischen dritten Infanterieregiments an den Reichspräsidenten von Hindenburg richtete der Reichsverweser heute an die ungarischen Honved folgenden Armeebefehl:

„Tief durchdrungen von dem durch den ungarischen Honvedminister vorgetragenen Wunsch meiner Nation und meiner Armee, dem Präsidenten des Deutschen Reichs, Feldmarschall von Hindenburg, und der ruhmreichen deutschen Nation meinen Dank für ihre insbesondere in den gemeinsamen Prüfungen und Leiden des Weltkrieges bekundeten und auch seither gepflogenen Freundschaftsgefühle auch auf diese Weise zum Ausdruck zu bringen, übergebe ich hiermit die Inhaberschaft des nach König Stephan dem Heiligen benannten dritten Honved-Infanterieregiments in den hohen Besitz des Präsidenten des Deutschen Reichs Feldmarschall von Hindenburg.“

Die Proletarier erinnern sich auch bei dieser Gelegenheit, daß das Regiment des Reichsverwesers Horthy und seine Macht gegründet sind auf die grauenhaftesten Blutbäder, die die Leidensgeschichte des Weltproletariats kennt. Blutregime und Heiligendienst sind dort in Ungarn so fest miteinander verwachsen zum Fundament der Ausbeuterherrschaft, wie irgendwo sonst in der Welt.

Betrügereien
bei einer Ortskrankenkasse

WTB Düsseldorf, 17. November.

Ein hiesiger Dentist ist wegen Betrügereien zum Schaden der Allgemeinen Ortskrankenkasse festgenommen worden. Er hat im Laufe des Montags vor der Kriminalpolizei das Geständnis abgelegt, durch fingierte Rechnungen von der AOK Geld ohne die entsprechenden Leistungen eingezogen zu haben. Er wurde daraufhin dem Richter vorgeführt, der seine sofortige Verhaftung anordnete.

Ferner wurden im Laufe des Montags noch drei Dentisten wegen dringenden Verdachts festgenommen, durch fingierte Rechnungen ähnliche Betrügereien an der Allgemeinen Ortskrankenkasse begangen zu haben. Wie verlautet, soll die Festnahme mehrere andere Dentisten wegen des gleichen Verdachts bevorzugen. Wie hoch die Beträge sind, um die die Ortskrankenkasse geschädigt wurde, steht noch nicht fest.

Streiflichter

† Berlin, 17. November.

Der Welt ist Heil widerfahren. Ein Silberstreifen zeigt sich am Horizont. Die Preise ziehen an. An der Börse, soweit sie nicht geschlossen ist, werden die Hände gerieben, damit sie glatt sind, wenn sie in anderer Leute Tasche gesteckt werden. Das Rennen hat begonnen mit einer Erhöhung der Getreidepreise. Der Himmel hat ein Einsehen gehabt und eine schlechte Ernte geschickt. Um hundert Millionen Scheffel (1240 Millionen in diesem gegen 1357 im vorigen Jahre) ist im Laufe des letzten Jahres der Weltgetreideexport nach den Angaben des Internationalen Agrarinstituts von Rom zurückgegangen, die Ernte von 1931 ist unter dem Normalstand geblieben. Das russische „Dumping“ ist für dieses Jahr nicht mehr zu fürchten, und die Einschränkung der Anbaufläche hat auch ihre Wirkung getan. Dazu noch die Spekulation in Amerika, die Flucht aus dem Dollar in die Sachwerte — all das hat die Getreidepreise auch noch künstlich hinaufgetrieben. Gott Mammon verläßt die Seinen nicht! Es fängt an, „uns“ wieder gut zu gehen. Die Spekulanten spekulieren schon wieder auf eine neue „Konjunktur“. Und unsere bescheidenen Hochschützlinge aus dem Osten rechnen sorgenvoll nach, ob man diesmal die Reise statt nur bis an die Riviera nach Kairo oder nach Indien ausdehnen soll. Man hat so seine Sorgen.

Ist's nicht eine herrliche Welt, in der wir leben? Eine gute Ernte — ein Unglück, eine schlechte — Segen des Himmels! Je teurer das Brot, desto freundlicher die Stimmung an der Börse! Vom Hunger der Armen — leben die Reichen! Herrlichste aller Welten! Die Preise ziehen an, die Löhne werden gedrückt — es geht aufwärts!

„Wehrfreiheit zum Schutze des Ostens!“ — das ist die Forderung, die der Ostmarkenverein, der Verband der hakatistische Scharfmacher, in einer Resolution aufgestellt hat. Gut so! Man weiß wenigstens, woran man ist (wenn man's noch nicht gewußt haben sollte). Siedlung und Osthilfe — hier ist ihr Kern. Die Herren machen gar kein Hehl aus dem, was sie wollen. Und sie wollen's mit aller Energie und mit allen Mitteln. Das deutsche Volk ist ihnen gerade gut genug, damit es seine Knochen in einem Krieg als Landknecht — angeblich gegen den Bolschewismus, in Wahrheit für die agrarischen Geldsücker — zerschneiden läßt. Schamlos bieder sie sich an die Bolschewistenfresser an, die Herren, wobei sie allerdings deren Intelligenz unterschätzen. Bezeichnend, was der Vorsitzende der Brüder von Aarund-Halm, ein Major a. D. Wagner, zu sagen hat: „Man müsse der Welt klarmachen, daß Polen zur wirklichen Vormacht Europas gegen den Bolschewismus nicht geeignet ist und daß schon daraus der deutsche Anspruch auf Wehrhoheit“ begründet sei.“ So berichtet die „Deutsche Zeitung“.

Und gehts nicht so, so muß es eben anders gehen. Hindenburg, der nicht nur Ehrenvorsitzender des „Stahlhelm“, sondern auch dieses Kriegervereins ist, soll helfen. Zuerst die Regierungen im Reich und in Preußen zum Teufel jagen und dann die Ritter von Reitpeitsche und Stulpenstiefel als „nationale Regierung“ einsetzen. Billiger geben sie's nicht; wie man Preise macht haben sie ja gelernt.

Und dann natürlich „den aktiven Kampf gegen ein raublüsternes Polen“. Ihren kleinen Krieg müssen sie haben. Und damit er nicht verpaßt wird, fordert der Deutsche Ostmarkenverein

„auch heute wieder einen starken Grenzschutz an unseren schutzlosen Ostgrenzen. Darüber hinaus fordert er, um des bedrohten Ostens willen, daß das Deutsche Reich auf der Genfer Abrüstungskonferenz den deutschen Anspruch auf volle Wehrhoheit anmeldet und bei Verweigerung dieses Anspruches die deutsche Aufrüstung nach Austritt aus dem Völkerbunde durchführt.“

Der Deutsche Ostmarkenverein erhebt diese Forderungen — unbeachtet der auf anderen Gebieten liegenden Aufgaben der übrigen Ostverbände — als politisches Sprachrohr der gesamten bewußt deutschen Bevölkerung der Ostmark, die heute nur ein Ziel kennt: den nationalen Kampf für die Erhaltung ihrer deutschen Scholle und die Befreiung der geraubten Gebiete aus den Fesseln von Versailles.“

Merken eigentlich die Kommunisten verschiedenster Schattierung noch immer nicht, wessen Geschäfte sie mit ihren gleichlautenden Parolen, gegen Versailles, Völkerbund und Polen besorgen?

Jedes Ding hat zwei Seiten. Man kann das vornehmer ausdrücken, und spricht dann von Dialektik. Aber man muß sich auch etwas darunter vorstellen, muß etwas wissen von dem, was man, wiederum gelehrt, nennt die „Heterogonie der Zwecke“. Einfach: daß aus vielen Handlungen ganz was anderes herauskommt, als man beabsichtigt hat. Ein wesentlicher Teil des Marxismus ist auf dieser Erkenntnis aufgebaut. Das Kapital sucht das Proletariat zu unterdrücken, und schafft doch mit jeder Handlung eine neue Vorbedingung für dessen Aufstieg.

Manchmal erkennt das auch ein Bürgerlicher. So ein französischer Journalist in einer Polemik gegen die Bank für Internatio-

Der Prozeß gegen die Weltbühne hat begonnen

Geheimverhandlung wegen Landesverrats

Reichsgerichtsrat Baumgarten befürchtet vom Kreuzfeuer der Verteidigung eine Gefährdung der Außenpolitik und der Sicherheit des Reiches

Leipzig, 17. November 1931.

Unter für Reichsgerichtsverhältnisse ungewöhnlich starker Beteiligung begann heute vor dem Vierten Strafsenat des Reichsgerichts die Verhandlung wegen eines Verbrechens des versuchten Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse (Spionagegesetz vom 3. Juni 1914) gegen den Schriftsteller Walter Kreiser und gegen den verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift „Die Weltbühne“ Carl v. Ossietzky. Der Anklage liegt, wie wir bereits mitgeteilt hatten, ein Aufsatz Kreisers zugrunde, der unter dem Titel „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“ in der „Weltbühne“ vom 12. März 1929 unter dem Pseudonym „Heinz Jäger“ erschien.

An der Seite des Hilfsarbeiters der Reichsanwaltschaft, Amtsgerichtsrats Bauer, der die Anklage vertritt, hat sich der Chef der Anklagebehörde des Reiches, der Oberreichsanwalt Werner, niedergelassen.

Gleich nach Eintritt in die Verhandlung und nach der Vernehmung der beiden Angeklagten zur Person, schließt der Senatsvorsitzende die Öffentlichkeit aus, um die Begründung des Antrages der Anklage entgegenzunehmen, der fordert, daß wegen zu befürchtender Gefährdung der Staatssicherheit die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Hauptverhandlung ausgeschlossen werden möge.

Für die Verteidigung begründen nacheinander die Rechtsanwälte Alsberg von formalrechtlichen, Olden von publizistischen und Rosenfeld von politischen Gesichtspunkten aus ihren Gegenantrag, das Verlangen des Oberreichsanwalts zurückzuweisen und in voller Öffentlichkeit zu verhandeln.

Genosse Dr. Kurt Rosenfeld führte aus, nach seiner Ansicht werde gerade durch den Ausschluß der Öffentlichkeit bei einem solchen Prozeß die Staatssicherheit gefährdet; denn das Ausland würde dann genötigt sein, anzunehmen, daß in Deutschland irgend etwas auf dem Gebiet, um das sich die Verhandlung dreht, zu verbergen sei.

Vorher hatte der Vorsitzende zwei Vertreter des Reichswehrministeriums, die Herren Herzlieb und Berthold als Zuhörer, nicht in Sachverständigeneigenschaft, zugelassen. Die Rechtsanwälte Alsberg und Apfel beantragten vorgiebig die Bestellung eines Sachverständigen des Auswärtigen Amtes.

Nachdem die Öffentlichkeit wiederhergestellt ist, verkündet Reichsgerichtsrat Baumgarten den Beschluß des Senats, der inzwischen kurz beraten hat, auf Ausschluß der Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung. Er begründet diesen Beschluß mit einer längeren Erklärung, die besagt:

„Den Angeklagten wird Landesverrat und militärische Spionage zur Last gelegt. Hier-

nach besteht der dringende Verdacht, daß es sich um geheim zu haltende Nachrichten handelt, und zwar besteht dieser Verdacht auf Grund der bisher vorliegenden vier schriftlichen Gutachten des Auswärtigen Amtes. Da muß zunächst damit gerechnet werden, daß wirklich geheim zu haltende Dinge in dieser Verhandlung zur Sprache gebracht werden müssen. Es ist nicht möglich, diese Erörterungen einzuteilen in teils geheime Angelegenheiten und teils in solche Angelegenheiten, die die Staatssicherheit nicht gefährden. Die Beweisaufnahme muß zusammenhängend durchgeführt werden können. Es ist auch noch damit zu rechnen, daß nach den vorliegenden schriftlichen Gutachten und noch mehr im Kreuzfeuer der Fragen der Verteidigung Fragen erörtert werden müssen, die die Außenpolitik des Deutschen Reiches betreffen. Das kann in den jetzigen Zeiten politischer Hochspannung und namentlich auch in der Zeit vor der Pariser Tagung nicht ohne die Gefährdung der Sicherheit des Deutschen Reichs durchgeführt werden.“

Die Staatsgewalt geht zwar angeblich „vom Volke aus“. Aber was hinter den Kulissen dieser Staatsgewalt los ist, das darf das Volk nicht wissen. Eine Staatsgewalt, die sich ängstlich vom Volke abschließt, die sich der Kontrolle und der Kritik durch das Volk sorgfältig entzieht — die liefert damit den besten Beweis, daß ihre wirkliche Aufgabe gegen das Volk, gegen das Proletariat gerichtet ist!

Kompromiss im fernöstlichen Konflikt?

Der Völkerbund tagt — die Kanonen donnern

Am Montag ist der Völkerbundsrat in Paris zusammengetreten, um über den Fernost-Konflikt zu verhandeln. Man hat hinter verschlossenen Türen getagt, aber trotzdem dürften die Meinungsäußerungen der Presse im allgemeinen richtig sein, daß man versuchen will, durch private Besprechungen, die bereits begonnen haben, eine Lösung zu finden, die beiden Parteien die Möglichkeit gibt, „das Gesicht zu wahren“. Man betont, daß man mit der fernöstlichen „Mentalität“ zu rechnen habe, daß man europäische Verhältnisse bei diesem Problem nicht zu Grunde legen dürfe. Tatsache ist natürlich, daß alle Staaten davor zurückscheuen, sich mit Japan zu überwerfen, wenn sie auch andererseits, wie oft dargelegt — und das gilt besonders für das Nichtvölkerbundsmitglied Amerika —, eine Annexion des mandchurischen Gebiets durch die „Preußen des Ostens“ verhindern werden.

Japan ist sich jedenfalls seiner starken Stellung gewiß, hält nach wie vor fest an seiner Bedingung, daß China sich zuerst praktisch zu unterwerfen habe, und daß eine Entscheidung durch den Haager Gerichtshot nicht akzeptabel sei. Einen schweren Prestigeverlust hat der Völkerbund schon dadurch erlitten, daß Japan keineswegs daran gedacht hat, wie ihm auferlegt war, bis zum 16. November das von ihm besetzte Gebiet zu räumen und sich in die Eisenbahnzone zurückzuziehen. Das Spiel wird jedenfalls noch lange weitergehen, denn der Völkerbund wird sich nunmehr hüten, wieder einen Termin zu stellen, der dann doch nicht innegehalten wird.

Ueber die Kämpfe selbst

liegen, wie immer, die verschiedenartigsten Meldungen vor. So wird berichtet von japanischen Fliegerangriffen und Verstärkungen japanischer Truppen. — Andererseits kommen Meldungen von Erfolgen des chinesischen Generals Ma und von „roten“ Truppen, die auf dem Wege nach Tsitsikar wären, was höchstwahrscheinlich eine Erfindung der japanischen Propaganda ist. Die wichtigste, aber mit

einem Fragezeichen zu versehen Meldung kommt aus Moskau, und danach hat

General Ma von der Nanking-Regierung den Befehl erhalten, die Kämpfe vorläufig einzustellen. Die militärischen Operationen sollen erst wieder beginnen, wenn es dem Völkerbundsrat nicht gelingen sollte, den japanisch-chinesischen Konflikt beizulegen. Wie gering die Aussichten dafür sind, haben wir bereits dargelegt.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die „Kaiserkrönung“ vorbeigelungen ist, und der Strohmann Japans Mukden bereits wieder verlassen hat.

Weiter Monarchistenverhaftungen in Spanien

Paris, 16. November.

Wie Havas aus Bilbao mitteilt, sind dort fünf Personen, darunter ein ehemaliger Präsident der Provinzialvertretung und ein Infanteriemajor, wegen Beteiligung an dem monarchistischen Komplott verhaftet worden und nach Madrid überführt worden. In San Sebastian sind ebenfalls vier Personen, darunter zwei Mitglieder der Aristokratie, unter dem gleichen Verdacht festgenommen worden. Auch sie werden nach Madrid gebracht werden.

„Baron“ Snowden. Snowden hat den Titel Viscount erhalten. Er wird somit seine parlamentarische Tätigkeit im Oberhaus weiter ausüben können.

Achtung!

Ortsgruppenvorsitzende, Bezirksleiter des SJV

Die Bestellungen für unsere Zeitung „Roter Pionier“

müssen umgehend bezirkweise — in den Bezirken, wo keine Bezirksleitung besteht, gruppenweise — an die Reichsleitung aufgegeben werden.

Sozialistischer Jugendverband Deutschlands Reichsleitung

gleichsbecken, sie suchen verzweifelt nach einer „planmäßigen“ kapitalistischen Wirtschaft, die aber doch unvereinbar ist mit dem Wesen dieser selben Wirtschaftsweise. Und so legen sie, ob sie wollen oder nicht, einen Grundstein zu einer wirklich planmäßigen Wirtschaft, die nur sozialistisch sein kann. — Daß es mit solcher Erkenntnis nicht sein Ende haben darf, ist klar. Sie muß allgemein und international werden, damit das internationale Proletariat in absehbarer Zeit gemeinsam den Zugriff wagen, und dies akkumulierte, anonyme Kapital, das aus ihm „herausgewirtschaftet“ worden ist, das es mit Blut und Schweiß als Wert geschaffen hat, in Gemeineigentum überführen kann. Merkt man, wieviel noch im nationalen, wieviel mehr noch im internationalen Rahmen an Aufklärung zu tun ist?

Das faschistische „Paradies“

800 000 Arbeitslose in Italien.

Rom, 16. November.

Die Zahl der Arbeitslosen in Italien ist im Monat Oktober um 52 000 auf fast 800 000 gestiegen, darunter rund 610 000 männliche und 190 000 weibliche Erwerbslose. Rund 230 000 entfallen auf das Baugewerbe, 182 000 auf die Landwirtschaft, 96 000 auf die Textil- und 76 000 auf die Metallindustrie.

Die Zahl der in Industrie- und Gewerbe beschäftigten italienischen Arbeiter befreit sich auf etwa 4 Millionen; für die Landarbeiter liegen statistische Zahlen nicht vor. Es wird also von dem faschistischen Regiment zugegeben, daß 25 Proz. der Industrie- und Gewerkschaften erwerbslos ist. Man kann aber ruhig mit einem höheren Prozentsatz rechnen, denn, wenn etwas frisiert ist, so ist es die italienische Statistik, soweit sie ungünstig für die Diktatur ist. Und das trifft so ziemlich auf alle Gebiete der Wirtschaft zu. Wir in Deutschland brauchen uns deshalb nicht gerade hochmütig zu zeigen, unser halb-faschistisches Regiment kann auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit auch Rekord anmelden — aber was wird erst werden, wenn Hitler den Herrn Brüning ergänzt? Und so weit davon entfernt sind wir ja wohl nicht!

Englisches Doppelspiel

Unterstützung der deutschen Reparationsgegner

London, 17. November.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß die englische Regierung Berlin einen diskreten aber deutlichen Wink im Sinne der Baldwin'schen Erklärungen gegeben habe. Es sei zwar unwahrscheinlich gewesen, daß Berlin der französischen Forderung nach Vorrang der Reparations- vor den Privatschulden während der Vorverhandlungen nachgegeben hätte, aber die englische Regierung habe nichts dem Zufall überlassen wollen, denn die Vorrangfrage sei eine Sachfrage, die nicht zwischen zwei Mächten allein vor dem Zusammentritt der internationalen Konferenz geregelt werden könne.

Das Gegenstück Baldwin „mißverstanden“

London, 17. November.

In einem Leitartikel kommt „Times“ auf die Unterhaus-Erklärung Baldwins vom Freitag zurück und sagt, in Paris und Berlin sei das Schwergewicht der Rede in der Presse etwas verschoben worden. Baldwin sei irrtümlicherweise dahin verstanden worden, daß er auf der Priorität der kommerziellen gegenüber den Regierungsschulden bestanden habe, während seine Rede tatsächlich nur eine klare Darstellung der britischen Interessen enthalten habe. Mit alledem, erklärt „Times“ ist aber nicht gesagt, daß die Wichtigkeit einer befriedigenden Regelung der Reparationen unbeachtet bleiben soll, oder daß der Wunsch bestehe, die Untersuchung der Fähigkeit Deutschlands zur Reparationszahlung als weniger wichtig anzusehen, als die Prüfung der kommerziellen Schulden.

Pech gehabt! In Toulouse wurde am Sonntag ein Bankier namens Amade verhaftet, der die Société Toulousaine de Crédit et de Banque mit zwei Filialen in Carcassonne und Cahors gegründet hatte. Amade hat große Beträge bei Börsenspekulationen verloren.

